

Frankreich widersetzt sich dem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, das das Recht auf Boykott Israels bestätigt

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 17.11.20

Das Gericht stellte fest, dass die Verurteilungen der AktivistInnen wegen des Aufrufs israelische Waren zu boykottieren, gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Meinungsfreiheit verstießen

Frankreichs Regierung widersetzt sich einem grundlegenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das das Recht, zum Boykott israelischer Produkte aufzurufen, schützt*.

Dies geschieht vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Krise in Frankreich, wo die Regierung gewaltsam gegen Dissidenten und Proteste vorgeht und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung des Landes eskaliert.

Das einstimmige Urteil des Europäischen Gerichtshofs** im Juni war ein schwerer Schlag gegen Israels Bestrebungen, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen, als es die strafrechtlichen Verurteilungen von 11 AktivistInnen für die palästinensischen Rechte in Frankreich aufhob.

Das Gericht stellte fest, dass die Verurteilungen der AktivistInnen wegen des Aufrufs israelische Waren zu boykottieren, gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Meinungsfreiheit verstießen. Es ordnete an, dass die französische Regierung etwa 8.000 Dollar Schadenersatz an jede/n der AktivistInnen zahlen muss und sprach ihnen ihre Prozesskosten zu.

Nach Auskunft zweier französischer Rechtsexperten hätte das Urteil des Europäischen Gerichtshofs die französische Regierung dazu veranlassen müssen, ihre 2010 erstmals erteilte Weisung an die Staatsanwaltschaft aufzuheben, dass sie die UnterstützerInnen der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) für die Rechte der Palästinenser, aggressiv verfolgen sollte.

Doch weit davon entfernt, die Präzedenzentscheidung, und die politischen Rechte der französischen Bürger, zu respektieren, gab das Justizministerium der Regierung von Macron letzten Monat ein Memorandum an die Staatsanwälte heraus, in dem diese dazu aufgefordert werden, weiter gegen AktivistInnen zu ermitteln, die zum Boykott Israels aufrufen. Das Memorandum erklärt, dass Aktionen, die „zum Boykott israelischer Produkte aufrufen“, nach dem Pressegesetz des Landes immer noch einen Straftatbestand darstellen können, indem sie „eine öffentliche Diskriminierung einer Person oder Personengruppe aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Nation provozieren“.

„Politisches Ziel“

Nach Ansicht der Rechtsexperten Richterin Ghislain Poissonnier und Rechtsprofessor Nicolas Boeglin, zielt das neue Memorandum „offensichtlich darauf ab, die Bestrafung von Boykottaufrufen nach französischem Vorbild beizubehalten“. „Es ist offensichtlich, dass sich die französischen Behörden, unter Verletzung der

Hierarchie der Normen, weigern, sich der Entscheidung des [Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte] und dem europäischen Recht zu unterwerfen“.

Sie weisen darauf hin, dass das französische Justizministerium versuche, die klare Unterscheidung im Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu umgehen zwischen einerseits Aufrufen zum „Verzicht auf den Konsum von Produkten, um die Politik eines Staates anzuprangern“, und andererseits „Aufrufen zu Gewalt gegen Menschen“ oder „rassistischen und antisemitischen Äußerungen, die sich gegen Juden als ethnisch-religiöses Kollektiv richten“.

Die französische Regierung versucht, „den Unterschied zwischen dem Aufruf zum Boykott israelischer Produkte und Antisemitismus vage zu halten, ohne klar festzulegen, wie das eine zum anderen umkippen könnte“, stellen Poissonnier und Boeglin fest.

Gleichzeitig fordert das Memorandum des Justizministeriums die Staatsanwälte auf, politische Aktivisten einem erschreckenden Maß an Überprüfung und zu unterziehen: Es besagt, dass „der antisemitische Charakter eines Boykottaufrufs sich direkt aus Worten, Gesten und Schriften des Angeklagten ergeben könnte“ und sich auch „aus dem Kontext derselben ableiten lässt“.

Das Justizministerium „verheimlicht sein eindeutig politisches Ziel nicht, die im Rahmen der Boykott-, Veräußerungs- und Sanktionsbewegung lancierten Boykottaufufe für israelische Produkte um jeden Preis zu unterdrücken“, so Poissonnier und Boeglin abschließend.

Gewaltsames Durchgreifen

Frankreich führt seit langem eine Kampagne gegen UnterstützerInnen der palästinensischen Rechte und weitet das autoritäre Vorgehen von Macrons Regierung auf fast jede Form der Opposition aus.

Die Gewalt der französischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung verdeutlicht einen ihrer vielen gemeinsamen Werte, die sie mit Israel gemein hat. In einer Erklärung des Komitees zum Schutz von Journalisten im September heisst es, dass „Frankreich und Israel durch den Einsatz gefährlicher Munition auffallen“, die gegen DemonstrantInnen und die darüber berichtenden JournalistInnen angewandt wird.

Ironischerweise behauptet Macron, der behauptet, ein Verfechter der Redefreiheit zu sein, und er besteht darauf, dass die Darstellung der berüchtigten Karikaturen, die den muslimischen Glauben herabwürdigen und verunglimpfen, nicht nur zulässig sei, sondern auch notwendig, um das Eintreten für die Freiheit zu demonstrieren. Tatsächlich führt Macron einen Krieg gegen die muslimischen Bürger Frankreichs, indem er die Redefreiheit als Deckmantel für die Feindseligkeit des französischen Staates gegenüber Muslimen benutzt und in rassistischer Weise diese Bevölkerung zum Sündenbock für den Terrorismus macht.

Amnesty International veröffentlichte in der letzten Woche eine Erklärung mit dem Titel „Frankreich ist nicht der Verfechter der Redefreiheit, für den es sich ausgibt“^{***}, eine Untertreibung sondergleichen.

In Frankreich ist die Beleidigung, Verunglimpfung und Demütigung von Muslimen „Redefreiheit“, Beamte zur Rechenschaft zu ziehen, ist jedoch eine Straftat. Der Schein der „westlichen liberalen Demokratie“ wird von Tag zu Tag fadenscheiniger

<https://t.co/ba1ePJ5EZN>

— Ali Abunimah (@AliAbunimah) [November 12, 2020](#)

„Tausende werden jährlich wegen Beamtenbeleidigung verurteilt, einem Straftatbestand, der nur vage definiert ist, der von Strafverfolgungs- und Justizbehörden massiv angewandt wurde, um gewaltlose Dissidenten zum Schweigen zu bringen“, so Amnesty.

2019 wurden zwei Männer verurteilt, „nachdem sie während eines friedlichen Protestes ein Bild von Präsident Macron verbrannt hatten“.

In einem anderen alarmierenden Vorfall, den Amnesty erwähnte, „befragte die französische Polizei stundenlang vier zehnjährige Kinder wegen des Verdachts auf „Entschuldigung des Terrorismus“, nachdem sie offenbar die Wahl des ermordeten französischen Lehrers Samuel Paty in Frage gestellt hatten, Karikaturen zu zeigen, die den Propheten Mohammed verunglimpfen.

Unterdessen nutzt die französische Regierung die Empörung über die jüngsten gewalttätigen Anschläge als Vorwand, um die muslimische Zivilgesellschaft und Bürgerrechtsgruppen auf der Grundlage vager politischer Vorwürfe, sie würden „Separatismus“ fördern, zu schließen.

Während Muslime ein Hauptziel des harten Durchgreifens sind, veruchte Macrons Regierung, den Protest und Dissens der Gelbe-Westen-Bewegung und der Klimaaktivisten gegen seine Innenpolitik auszuschalten.

Tausende friedlicher Demonstranten wurden bei der Niederschlagung von Demonstrationen in Frankreich, unter Missbrauch des Gesetzes festgesetzt, und so wurden Menschen, die keine Gewalt angewandt hatten bestraft, willkürlich festgenommen und strafrechtlich verfolgt, wie es in einem im September veröffentlichten Amnesty-Bericht zu lesen ist. In den Jahren 2018 und 2019 seien mehr als 40.000 Menschen, darunter auch Demonstranten, auf der Grundlage vager Gesetze für Aktivitäten verurteilt, die „keine Straftat darstellen sollten“, so Amnesty.

Macrons Leistungen würden den Neid jeder „Diktatur“ erwecken, von der uns westliche Regierungen sagen, wir sollten sie verachten, während sie sich fälschlicherweise als Verfechter von Freiheit und Menschenrechten ausgeben.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/france-defies-european-court-ruling-upholding-right-boycott-israel>

* <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/european-court-upholds-right-boycott-israel>

** <file:///Users/user/Desktop/Baldassi%20and%20Others%20v.%20France%20-%20criminal%20conviction%20of%20activists%20involved%20in%20the%20campaign%20boycotting%20products%20imported%20from%20Israel%20violated%20their%20freedom%20of%20expression.pdf>

*** <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/11/france-is-not-the-free-speech-champion-it-says-it-is/>